

Kapitel

Initiator*innen: DIE LINKE RLP - Landesvorstand (beschlossen am: 23.06.2020)

Titel: Demokratie und Bürgerrechte

Text

1912 Mehr direkte Demokratie für Rheinland-Pfalz

1913 In der Geschichte unseres Landes gab es ein einziges Volksbegehren und noch nie
1914 einen Volksentscheid. Eine traurige Bilanz einer jahrzehntelang andauernden
1915 Verhinderungspolitik gegenüber der direkten Demokratie.

1916 In der rheinland-pfälzischen Verfassung wurden hierfür schier unüberwindliche
1917 Hürden geschaffen. Eine Volksinitiative muss 30.000 Unterschriften
1918 wahlberechtigter Bürger*innen sammeln, nur um den Landtag zu verpflichten über
1919 ein politisches Thema ergebnisoffen zu diskutieren. Will die Initiative ein
1920 Volksbegehren initiieren, so muss sie sogar 300.000 Unterschriften in nur 2
1921 Monaten sammeln. Dies sind fast dreimal so viele Unterschriften wie
1922 Wählerstimmen benötigt würden, damit eine Partei in den Landtag einziehen
1923 kann.

1924 Doch damit noch nicht genug. Selbst wenn es trotz der extremen Hürden zu einem
1925 Volksentscheid käme, so wäre dieser erst bei einer Mindestbeteiligung von 25%
1926 der Wahlberechtigten gültig.

1927 DIE LINKE will diese Verhinderung des Bürgerwillens beenden. Deswegen fordern
1928 wir:

- 1929 • Reduzierung der Unterschriften auf 10.000, um als Volksinitiative
1930 parlamentarisch anerkannt zu werden.

- 1931 • freie Sammlung von 100.000 Unterschriften in 4 Monaten, damit ein
1932 Volksbegehren durchgeführt werden kann.
- 1933 • Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das 16.
1934 Lebensjahr vollendet, und mindestens für die Dauer von 6 Monaten
1935 ihren/seinen 1. Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat.
- 1936 • ersatzlose Streichung der undemokratischen Beteiligungshürde von 25%.
- 1937 • das gesamte Verfahren zur Einleitung eines Volksbegehrens muss
1938 transparenter und bürgerfreundlicher gestaltet sein. Die direkte
1939 Demokratie soll vom Gesetzgeber gefördert und nicht behindert werden.

1940 Mehr direkte Demokratie auch in den Kommunen

1941 Die rheinland-pfälzische Gemeinde- und Landkreisordnungen sind durch Misstrauen
1942 gegenüber den Menschen, die Angst vor direkter Bürgerbeteiligung und blindem
1943 Vertrauen in die Träger parlamentarischer Macht bestimmt. Deutlich wird dies in
1944 den nahezu unüberwindlichen Hürden für Bürger*innenbegehren. Demnach müssen
1945 bis zu 10 Prozent der Bürger*innen ein Begehren unterschreiben, ansonsten
1946 findet keine Abstimmung statt. Gleichzeitig sind Bürger*innenbegehren
1947 inhaltlich in vielen Punkten begrenzt: Über Geld darf nicht abgestimmt werden,
1948 Baupläne sind ausgenommen. Von der Chance auf direkte Demokratie kann somit
1949 keine Rede sein. Eine moderne und demokratische Bürger*innenbeteiligung in der
1950 Kommune sieht anders aus. Deswegen fordert DIE LINKE:

- 1951 • die Absenkung der Unterschriftsquoren auf 4 Prozent der Wahlberechtigten.
- 1952 • die ersatzlose Streichung der Beteiligungshürde von 20 Prozent.
- 1953 • Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide, auch über Finanzen und
1954 die Aufstellung, Änderung und Aufhebung von Bauleitanträgen.
- 1955 • kommunales Wahlrecht für Alle ab 16 Jahren.
- 1956 • Verbindliche Mitspracherechte für Jugendparlamente bei Entscheidungen,
1957 die Jugendliche betreffen.
- 1958 • aktives Wahlrecht ab 12 und passives Wahlrecht ab 14 Jahren für
1959 Jugendparlamente, wo nicht schon weitergehendes Wahlrecht besteht.

- 1960 • kommunales Wahlrecht für alle Mitbürger*innen ausländischer Herkunft,
1961 die mindestens 6 Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben.
- 1962 • die Wiederherstellung des vollen Konnexitätsprinzips: Die politische
1963 Ebene, die Entscheidungen trifft, muss auch für die Finanzierung sorgen.

1964 **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

1965 Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement trägt unser
1966 gesellschaftliches Zusammenleben. Ob im Verein, der freiwilligen Feuerwehr, beim
1967 Technischen Hilfswerk oder der lokalen Initiative in der Geflüchtetenhilfe: Wir
1968 wollen, dass jedes Engagement Anerkennung und Dank erhält. Politische
1969 Entwicklungen der vergangenen Jahre haben bewirkt, dass sich der Staat immer
1970 mehr aus seiner Verantwortung im sozialen Bereich, im Gesundheitssystem und in
1971 der Bildung zurückgezogen hat. Vielerorts wird diese Arbeit nun ehrenamtlich
1972 und unbezahlt verrichtet. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wendet sich gegen diese
1973 Politik und setzt sich dafür ein, dass der Staat in diesen Bereichen wieder
1974 mehr Verantwortung übernimmt. Wir wollen jedes ehrenamtliche und
1975 bürgerschaftliche Engagement fördern, das ein vielfältiges, demokratisches,
1976 solidarisches und friedliches Miteinander unterstützt und fördert.

1977 Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz stärken und bei
1978 der Nachwuchsgewinnung unterstützen. Dazu wollen wir einen echten
1979 Freiwilligenpass, der kostenlose Nutzung aller öffentlichen Einrichtungen der
1980 Bildung, Kultur, Freizeit und des Verkehrs ermöglicht. Die bestehende
1981 Ehrenamtskarte in Rheinland-Pfalz gilt nicht in allen Kommunen, die
1982 Vergünstigungen sind zu gering und unübersichtlich. Wir wollen diesen
1983 Flickenteppich beenden und echte Anerkennung für Engagierte schaffen. Die
1984 Förderung von Vereinen und Verbänden muss ausgebaut werden. Wir wollen eine
1985 verlässliche Regelförderung, die den Organisationen Gestaltungsspielräume
1986 eröffnet und sinnvolle Projekte dauerhaft ermöglicht.

1987 Die Corona-Krise hat viele Vereine und Initiativen hart getroffen.
1988 Veranstaltungen konnten nicht stattfinden und Spendeneinnahmen sind ausgefallen.
1989 Der Rettungsschirm der Landesregierung greift nicht für alle Vereine. DIE
1990 LINKE. Rheinland-Pfalz will dafür sorgen, dass alle Vereine in Rheinland-Pfalz
1991 auch nach der Corona-Krise erhalten bleiben. Wir wollen einen Rettungsschirm
1992 schaffen, bei dem kein Verein durchs Raster fällt.

1993 **Demokratie braucht Meinungsfreiheit und Vielfalt**

1994 **Demokratie lebt von lebendiger Diskussion, konstruktivem Diskurs und freiem**

- 1995 Meinungs austausch. Die Informationsfreiheit in Deutschland ist jedoch durch
1996 fortschreitende Kommerzialisierung und eine anhaltende Medienkonzentration
1997 weniger Verleger und Konzerne massiv beeinträchtigt. Rentabilitätsdruck,
1998 Rationalisierungen und die Entfaltung wirtschaftlicher Macht gefährden die
1999 Fähigkeit zu einer unabhängigen Meinungs- und Willensbildung in Presse,
2000 Rundfunk und elektronischen Medien.
- 2001 • DIE LINKE steht für den Erhalt des gebührenfinanzierten Öffentlich-
2002 rechtlichen Rundfunks und seine Ausweitung auf digitale Angebotsformen im
2003 Internet. Digitale Medien und Plattformen dürfen nicht nur privaten
2004 Anbietern vorbehalten sein
 - 2005 • Öffentlich-rechtliche Medienangebote sind Teil der Öffentlichen
2006 Daseinsvorsorge und gehören zu den Länderaufgaben nach Grundgesetz. Die
2007 für den SWR und das ZDF durchzusetzende „Staatsferne“, ihre
2008 Unabhängigkeit von politischen Parteien, von kommerziellen Interessen und
2009 von weltanschaulich bestimmten „Pressure Groups“ und Organisationen
2010 darf nicht länger unterlaufen werden. Die Sender dürfen nicht in die
2011 Abhängigkeit von Werbeeinnahmen und anderer kommerzieller Quellen
2012 geraten. Deshalb muss auch die Aushöhlung des öffentlich-rechtlichen
2013 Programmauftrags durch Werbung und sogenanntes Sponsoring beendet werden.
 - 2014 • DIE LINKE fordert eine Reform der Medienregulierung für Rheinland-Pfalz.
2015 Dazu zählen eine demokratische und basisnahe Neugestaltung der Aufsichts-
2016 und Verwaltungsgremien des Rundfunks sowie der Versammlung der
2017 Landeszentrale für Medien und Kommunikation und ihrer Organe.
 - 2018 • Künftig sollen aus Gebührengeldern finanzierte Inhalte auch im Internet
2019 jederzeit und dauerhaft für die Öffentlichkeit verfügbar sein.
 - 2020 • DIE LINKE fordert eine auskömmliche Entlohnung für alle
2021 Medienschaffenden, Tarifverträge sind einzuhalten und gleichermaßen für
2022 Festangestellte und freie Mitarbeiter*innen anzuwenden. Alle
2023 Medienanbieter müssen sich an der Berufsausbildung beteiligen.
 - 2024 • DIE LINKE setzt sich für die Medienvielfalt, für eine kritische
2025 Öffentlichkeit und für einen allgemeinen, freien Zugang zu den Medien
2026 ein. Deren Nutzung muss unabhängig von Herkunft und Einkommen erfolgen
2027 können. Mitbestimmung durch Redaktionsstatute und öffentlich tagende
2028 Gremien, Bildungsangebote zur Stärkung der Vernetzungs- und
2029 Medienkompetenz und eine Kultur der informationellen Selbstbestimmung sind
2030 zentrale Ziele unserer Medienpolitik.

2031 In der digitalen Welt sind die Freiheit des Wissens und der Forschung ebenso wie
2032 in der analogen Welt zu verteidigen. Offene und freie Systeme wie das Internet,
2033 Open Source und freie Software, aber auch freie Medien wie Bürgerfunk, Offene
2034 Kanäle und drahtlose Bürgernetze, können als Plattformen zur freien
2035 Selbstorganisation, zur Umgehung von Konzernzwängen und Meinungsmacht genutzt
2036 werden. Wir lehnen Internetsperren durch Zugangsanbieter und staatliche Stellen
2037 grundsätzlich ab. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass alle Regionen von
2038 Rheinland-Pfalz schnellstmöglich mit finanziell erschwinglichen, schnellen
2039 Online-Zugängen versorgt werden.

2040 DIE LINKE fordert die Einrichtung einer Landesstelle zur anonymen und
2041 geschützten Entgegennahme von sogenannten Whistleblowing-Informationen.
2042 Menschen, die illegales Handeln, Missstände oder Gefahren für Mensch und
2043 Umwelt in Unternehmen, Dienststellen oder Organisationen nicht länger
2044 schweigend hinnehmen, sondern aufdecken, müssen unterstützt und wirksam
2045 geschützt werden.

2046 Selbstbestimmung statt Überwachungsstaat

2047 Auf öffentlichen Plätzen, im Internet, beim Einkaufen, bei der Arbeit: Beinahe
2048 überall und rund um die Uhr werden wir überwacht. Sicherheitsansprüche des
2049 Staates und das Profitstreben der Wirtschaft greifen so umfassend unsere
2050 Freiheit an und schränken jedes Individuum in seiner freien Entfaltung ein. Der
2051 Überblick über die über uns gesammelten und gespeicherten Daten fehlt, obwohl
2052 es das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung gibt. Jede und jeder muss
2053 Kenntnis über die über ihn/ sie erhobenen Daten haben.

2054 • Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss verwirklicht und
2055 in die rheinland-pfälzische Landesverfassung aufgenommen werden.

2056 • DIE LINKE setzt sich für das Verbot aller rein präventiven
2057 Überwachungsmaßnahmen ein. Dies beinhaltet die Forderung nach der
2058 sofortigen Löschung aller ohne fundierten Tatverdacht gesammelten und
2059 gespeicherten Datenbestände.

2060 • Überwachung hat am Arbeitsplatz nichts zu suchen. Der Datenschutz für
2061 Arbeitnehmer*innen muss umfassend ausgebaut werden.

2062 • Das Internet wird für unser Leben immer wichtiger. Gerade deshalb setzt
2063 sich DIE LINKE dafür ein, dass die staatliche und kommerzielle Nutzung
2064 unserer Nutzungsdaten so weit wie möglich begrenzt, transparent gemacht
2065 und praktikable Widerspruchslösungen inklusive frühestmöglicher,

2066 verbindlicher Lösungsfristen eingeführt werden.

2067 Verhältnismäßigkeit bei der Polizei

2068 Trotz sinkender Zahl von Straftaten und Gewaltverbrechen wird die Polizei immer
2069 mehr militärähnlich aus- und aufgerüstet. Es werden Wasserwerfer und
2070 Räumpanzer bestellt und die Kampf- und Schutzausrüstungen wirken
2071 angsteinflößend auf Personen, die bisher wenig oder keinen Kontakt mit der
2072 Staatsgewalt hatten. Pfefferspray wird nicht als reine defensive Waffe
2073 eingesetzt, sondern ohne Anlass auch offensiv und ohne den Mindestabstand zu
2074 wahren, Taser werden als „nicht-tödliche Waffe“ eingesetzt, ohne dass dabei
2075 auf körperliche Probleme von betroffenen Personen Rücksicht genommen wird.
2076 Wenn schon Bodycams eingesetzt werden, muss das Videomaterial so wie alle
2077 anderen relevanten Beweismittel auch an Anwälte herausgegeben werden, um eine
2078 erfolgreiche Verteidigung zu ermöglichen. Die Skandale der letzten Jahrzehnte
2079 bestätigen unsere Forderung nach einer von der Polizei unabhängigen
2080 Institution, die Polizeigewalt und andere Vorwürfe in Zusammenhang mit
2081 Beamt*innen der Polizei und Justiz untersucht. Dies fordert auch amnesty
2082 international und weist hier seit vielen Jahren auf ein demokratiegefährdendes
2083 Problem in Deutschland hin. Eine mögliche Form der Umsetzung ist das in Berlin
2084 verabschiedete Landes-Antidiskriminierungsgesetz, welches Menschen in dem
2085 Bundesland vor Diskriminierung, etwa wegen der Herkunft, durch Behörden
2086 schützt. Des Weiteren setzen wir vermehrt auf eine gute und bürger*innennahe
2087 Ausbildung, demokratische Ausbildungsstrukturen und -inhalte und wesentlich mehr
2088 Kontaktpolizist*innen. Polizist*innen, die durch ihre Präsenz im Dorf oder der
2089 Stadt mit den Bürger*innen in Kontakt stehen, erarbeiten so eine neue und
2090 vertrauensvoller Beziehung, die beidseitigen Respekt hervorbringen kann.
2091 Natürlich müssen die Beamt*innen angemessen bezahlt und Überstunden abgebaut
2092 werden, dafür muss die Landesregierung endlich das notwendige Geld
2093 bereitstellen.

2094 Wir lehnen das neue Polizeiaufgabengesetz ab, das Beamt*innen und normale
2095 Bürger*innen mit zwei verschiedenen Maßen misst und das dazu führen wird,
2096 dass sich – aus Angst vor Repression - weniger Menschen mit politischen Themen
2097 auseinandersetzen.

2098 Gleichstellung aller Geschlechter: Für ein gleichberechtigtes Miteinander

2099 Frauen werden für gleiche und gleichwertige Arbeit immer noch schlechter
2100 bezahlt als Männer. In vielen Bereichen sind ihre Aufstiegschancen schlechter.
2101 Sie leisten darüber hinaus mehr Sorge-, Erziehungs- und Hausarbeit und erfahren
2102 immer noch sexualisierte Gewalt und Übergriffe in der Beziehung, der
2103 Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft für

2104 eine Gesellschaft ohne geschlechtsspezifische Diskriminierung und Sexismus.

2105 DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für die Abschaffung der ungleichen
2106 Bezahlung von Frauen und Männern ein. Dazu ist es notwendig, dass Berufe, in
2107 denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, gesellschaftlich aufgewertet und
2108 besser bezahlt werden. Dazu zählen u.a. Pflege- und Krankenpflegeberufe,
2109 Erzieher*innen und Angestellte im Einzelhandel.

2110 Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Berufe wirklich wichtig sind, um die
2111 Gesellschaft am Laufen zu halten. In diesen Bereichen sind vor allem Frauen
2112 tätig. Sie haben die Hauptlast der Krise getragen. Jetzt ist es an der Zeit
2113 diese Tätigkeiten aufzuwerten und besser zu bezahlen und zwar dauerhaft. Dafür
2114 setzt sich DIE LINKE. Rheinland-Pfalz ein.

2115 Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch an der Tagesordnung. Die Situation hat
2116 sich durch die Corona-Krise für viele Frauen verschärft. Familien waren
2117 wochenlang auf sich alleine gestellt. Die Krise wurde privatisiert und das hat
2118 in vielen Haushalten zu Konflikten und teils zu Gewalt geführt. Der
2119 Gewaltschutz für Frauen und die Frauenhäuser sind seit Jahren in Rheinland-
2120 Pfalz unterfinanziert. Es fehlt an Plätzen und vielerorts an barrierefreien
2121 Zugängen. Diese Lage hat sich in der Krise weiter zugespitzt. DIE LINKE.
2122 Rheinland-Pfalz setzt sich für eine bessere Finanzierung der Frauenhäuser und
2123 des Gewaltschutzes ein. Der Zugang zu Gewaltschutzeinrichtungen muss jederzeit
2124 und für alle zugänglich sein.

2125 Die Anzahl der Kliniken und Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-
2126 Pfalz vornehmen, ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen. Dies
2127 bedeutet eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen. Ein Grund
2128 ist, dass Schwangerschaftsabbrüche kein Teil der frauenärztlichen Ausbildung
2129 sind. Viele Ärzt*innen sind in den Ruhestand gegangen und es fehlt der
2130 Nachwuchs. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich für, dass ein
2131 flächendeckender Zugang sichergestellt wird. Wir kämpfen dafür, dass das
2132 sogenannte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche aus dem Strafgesetzbuch
2133 gestrichen wird. Zudem müssen Abbrüche in die Lehrpläne des Landes
2134 aufgenommen werden.

2135 Die Situation in der Geburtshilfe hat sich in Rheinland-Pfalz drastisch
2136 zugespitzt. Viele Kreißsäle wurden geschlossen und die Versorgung in vielen
2137 ländlichen Regionen ist für werdende Mütter und Familien nicht mehr
2138 sichergestellt, sodass sie kilometerweit zur Entbindung anreisen müssen. Zudem
2139 haben sich die Arbeitsbedingungen von Hebammen und Geburtshelfern
2140 verschlechtert. Eine angemessene Begleitung ist oft nicht mehr möglich. DIE
2141 LINKE. Rheinland-Pfalz möchte das ändern und setzt sich für eine

2142 flächendeckende Versorgung in der Geburtshilfe auch in ländlichen Regionen
2143 ein. Zusammen mit Hebammen und Geburtshelfern kämpfen wir für bessere
2144 Arbeitsbedingungen und eine angemessenen Personalschlüssel.

2145 Lediglich knapp ein Drittel der Abgeordneten im rheinland-pfälzischen Landtag
2146 sind Frauen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz kämpft für ein Gesetz, dass Parität
2147 im Landesparlament herstellt und dazu eine paritätische Besetzung der
2148 Landeslisten vorgibt.

2149 DIE LINKE fordert:

- 2150 • gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort,
2151 sozialversicherungspflichtige, unbefristete und gut bezahlte
2152 Beschäftigung, Abschaffung der geschlechtsspezifischen
2153 Lohndiskriminierung.
- 2154 • die Förderung von Projekten für eine Veränderung des
2155 geschlechtsspezifischen Berufswahlverhaltens von Frauen und Männern.
- 2156 • verbindliche Vorgaben zur Durchsetzung von Gleichstellungsprogrammen.
- 2157 • Landesprogramme zur beruflichen Förderung von Frauen, besonders von
2158 Frauen mit Migrationshintergrund, nach der Familienphase oder von Frauen
2159 mit Behinderung.
- 2160 • Die Einführung eines landesweiten Haushaltes, der sich am Gender
2161 Budgeting orientiert. Gender Budgeting ist ein Konzept, dass öffentliche
2162 Ausgaben an der Vereinbarkeit mit Gleichstellungszielen misst
- 2163 • DIE LINKE setzt sich für eine Frauenquote in Leitungspositionen ein. Die
2164 Landesregierung ist aufgefordert, Leitungspositionen im Öffentlichen
2165 Dienst mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.
- 2166 • auskömmliche Renten für Frauen, unabhängig von Ansprüchen der/s
2167 Lebenspartner*in.
- 2168 • Sicherheit vor Gewalt und sexistischen Übergriffen – gesicherte
2169 Finanzierung von Frauenhäusern sowie die Aufstockung der Mittel für
2170 Einrichtungen gegen Gewalt an Frauen.
- 2171 • Stärkung der Opferrechte sowie die Gewährleistung von Opferschutz.

- 2172 • flächendeckende Einstellung von hauptamtlichen Frauenbeauftragten und
2173 Erhöhung ihrer Kompetenzen.

2174 Gleiche Rechte für alle Lebensweisen

2175 DIE LINKE setzt sich gegen jede Form der Diskriminierung und Benachteiligung
2176 ein. Homo-, Bi-, Trans- (Menschen deren biologisches Geschlecht vom psychischen
2177 Geschlecht abweicht) und Intersexuelle (Menschen mit beiden biologischen
2178 Geschlechtern) werden in Rheinland-Pfalz immer noch diskriminiert und gesetzlich
2179 benachteiligt.

2180 Gegen diese Benachteiligung setzen wir ein umfangreiches Bildungs- und
2181 Aufklärungsprogramm:

- 2182 • in den Schulen müssen Aufklärung und moderne Sexualkunde im Lehrplan
2183 verankert sein. Sexualkunde gehört in den Biologieunterricht und nicht in
2184 den Religionsunterricht. Lehrer*innen sollen dafür sensibilisiert werden,
2185 bei Schüler*innen gegenüber Homo-, Bi-, Trans- und Intersexualität um
2186 Toleranz zu werben.
- 2187 • In öffentlichen Einrichtungen, der Verwaltung, Bundeswehr und Polizei
2188 sollen Programme initiiert werden, die sich gegen die Diskriminierung auf
2189 Grund der Sexualität einsetzen.
- 2190 • Wir wollen Initiativen und Vereine, die für die Anerkennung von diversen
2191 Lebensweisen kämpfen, stärker fördern und gemeinsam Bildungs- und
2192 Aufklärungsmaterialien gegen die Diskriminierung sexueller Identitäten
2193 entwickeln.

2194 Wir wollen die Anti-Diskriminierungspolitik politisch mitgestalten und
2195 Homophobie (Diskriminierung von Homosexuellen) und Transphobie (Diskriminierung
2196 von Trans- und Intersexuellen) erfolgreich entgegenzutreten:

- 2197 • Artikel 4 der Landesverfassung zum „Schutz der persönlichen Ehre“
2198 soll um den Zusatz der „sexuellen Identität“ ergänzt werden. Mit
2199 Hilfe einer Bundesratsinitiative soll auch eine Änderung des
2200 Grundgesetzes angegangen werden, die den „Schutz der sexuellen
2201 Identität“ in Artikel 3 des Grundgesetzes festschreiben soll.
- 2202 • Bundesratsinitiativen zum Schutz der Rechte von Transsexuellen und von
2203 Intersexuellen sollen von Rheinland-Pfalz ausgehen. Wir wollen endlich

2204 Anerkennung des Unrechts und Entschädigungen für Transsexuelle, die sich
2205 für Geschlechtsumwandlung und Namensänderung (Personenstandsänderung)
2206 zwangssterilisieren lassen mussten, Intersexuelle sollen das Recht haben,
2207 ihr eigenes Geschlecht zu wählen.

2208 Homo-, Bi-, Trans- und Intersexuelle werden durch verschiedene Gesetze in der
2209 Arbeitswelt und durch die Steuer- und Familienpolitik stark benachteiligt und
2210 ausgegrenzt. Deshalb will DIE LINKE in Rheinland-Pfalz:

- 2211 • Sexuelle Identität darf nicht zur Benachteiligung in der Arbeitswelt
2212 führen. Hierfür sollen Programme für Arbeitgeber*innen und
2213 Arbeitnehmer*innen initiiert werden, die sich Anti-Diskriminierung zum
2214 Ziel setzen.

- 2215 • Wir fordern die Ausweitung des Anti-Diskriminierungsgesetzes auf
2216 kirchliche und religiöse Arbeitgeber.

- 2217 • Alle Lebensweisen sollen gleichbehandelt werden. Dies beinhaltet auch die
2218 gleichen Rechte für sogenannte Regenbogenfamilien (gleichgeschlechtliche
2219 Familien); für sie sollen die gleichen Regelungen bei Adoption, Unterhalt
2220 und Sorgerecht wie für Ehen von Männern und Frauen gelten.

- 2221 • In der Steuerpolitik setzen wir uns für die Abschaffung des
2222 Ehegattensplittings ein. Das Ehegattensplitting bevorzugt nur die Ehe und
2223 benachteiligt alternative Lebens- und Familienformen.

2224 Vielfältige Familienformen respektieren und anerkennen

2225 Die gelebten Familienformen und -bilder werden immer vielfältiger. Ob
2226 Regenbogen-, Patchwork- oder Ein-Eltern-Familien. Familie ist dort, wo Menschen
2227 füreinander Verantwortung übernehmen. Die Familienpolitik der DIE LINKE.
2228 Rheinland-Pfalz orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen. Wir kämpfen
2229 dafür, dass alle Familienformen gleichbehandelt und bestehende
2230 Diskriminierungen abgebaut werden.

2231 DIE LINKE Rheinland-Pfalz steht für eine vielfältige Gesellschaft und für die
2232 Anerkennung und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen, geschlechtlicher
2233 Identitäten und sexueller Orientierungen. Der Kampf gegen Diskriminierung und
2234 für gesellschaftliche Anerkennung ist auch nach der Einführung der Ehe für
2235 alle noch nicht vorbei. Wir setzen uns dafür ein, dass Lesben, Schwule,
2236 Bisexuelle, Transgender, Trans*- und Intersexuelle Menschen (LSBTIQ*)
2237 selbstbestimmt Leben und ohne Diskriminierung am gesellschaftlichen Leben

2238 teilhaben können. Die Anerkennung vielfältiger Lebensformen muss in Kitas und
2239 Schulen vermittelt und vorgelebt werden.

2240 Wir unterstützen die Forderung nach einer Änderung des Abstammungsrechts, um
2241 bestehende rechtliche Diskriminierungen, die auch nach der Einführung der Ehe
2242 für alle weiter bestehen, abzuschaffen. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz setzt sich
2243 für eine flächendeckende Schaffung und Unterstützung von queeren Orten zur
2244 Begegnung und zur psychosozialen Beratung von LSBTTIQ*-Jugendlichen ein. Den
2245 Gewaltschutz für queere Menschen wollen wir ausbauen, denn Gewalt gegen
2246 LSBTTIQ* ist leider immer noch an der Tagesordnung. Wir kämpfen für einen
2247 Abbau der Diskriminierungen bei der Blutspende.

2248 Behindertenpolitik - Barrierefreiheit auf allen Ebenen

2249 DIE LINKE hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Belange aller Bürger*innen zu
2250 vertreten. Dazu gehört insbesondere die Politik für Menschen mit
2251 Behinderungen. Wir wollen, dass das Land Rheinland-Pfalz mehr auf die Belange
2252 von Menschen mit Behinderung eingeht. Behindertenpolitik kann nicht isoliert
2253 betrachtet werden, vielmehr ist es eine Querschnittsaufgabe für alle
2254 Politikfelder, u.a. die Schul-, Verkehrs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.

2255 Integration von Menschen mit Behinderung beginnt bereits in den Kindergärten
2256 und Schulen. Deshalb fordert DIE LINKE Inklusionsschulen. Inklusionsschulen
2257 lassen alle Kinder, mit oder ohne Behinderung, gemeinsam lernen. Ausgrenzung
2258 wird hier von der Grundschule an entgegengewirkt.

2259 DIE LINKE fordert in der Behindertenpolitik:

- 2260 • Stärkere Betreuungs- und Beratungsangebote vom Land für Eltern von
2261 Kindern mit Behinderung. Eltern brauchen in dieser Situation
2262 Unterstützungsangebote durch geschulte Pädagog*innen. Hier muss das Land
2263 Versorgungsstrukturen aufbauen.
- 2264 • Komplette Barrierefreiheit auf allen Ebenen muss für alle Behinderten
2265 gelten: Zugang zu Bildung auf der einen Seite und Zugang zu öffentlichen
2266 Gebäuden auf der anderen Seite sind wichtige Grundpfeiler einer
2267 emanzipierten Behindertenpolitik.
- 2268 • Eine landesweite Strategie zur Inklusion von Behinderten in allen
2269 gesellschaftlichen Bereichen und damit zur Umsetzung der UN-Konventionen.

- 2270 • Zugang zu Arbeit für Behinderte.
- 2271 Integration statt Ausgrenzung und Diskriminierung
- 2272 Menschen aus aller Welt prägen das tägliche Leben in Rheinland-Pfalz. 18,5 %
2273 der Rheinland-Pfälzer*innen haben einen Migrationshintergrund. Bei den unter 6-
2274 Jährigen sind es bereits 35 % Prozent.
- 2275 Migrant*innen sind auf vielfache Weise benachteiligt. Sie sind häufiger
2276 erwerbslos und gehen niedrig bzw. schlecht bezahlten Tätigkeiten nach. Das
2277 Risiko zu verarmen oder erwerbslos zu werden, ist besonders hoch. Kinder mit
2278 Migrationshintergrund haben deutlich schlechtere Chancen in Schule und
2279 Ausbildung.
- 2280 Migrantische Frauen, die in der Familie von Gewalt bedroht sind oder Opfer von
2281 Menschenhandel wurden, finden auch in Rheinland-Pfalz nur selten die
2282 Unterstützung, die sie benötigen.
- 2283 DIE LINKE will diese Entwicklungen stoppen und setzt sich für volle politische
2284 Rechte für alle Menschen ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Rheinland-Pfalz
2285 haben. Sie streitet für eine rechtliche, politische und wirtschaftliche
2286 Gleichstellung der Migrant*innen. Integration heißt nicht Assimilation, sondern
2287 kulturelle Vielfalt. Konsequente Integrationspolitik ist ein wichtiger Schritt,
2288 um der Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten.
- 2289 Der freie Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit ist eine wichtige
2290 Voraussetzung für Chancengleichheit in unserer Gesellschaft. DIE LINKE fordert
2291 grundlegende Veränderungen im Bildungs- und Ausbildungssystem:
- 2292 • Angebot von Ausbildungsplätzen, das die Bedürfnisse und Interessen von
2293 Migrant*innen berücksichtigt.
- 2294 • Einheitliche, erleichterte und beschleunigte Anerkennung von im Ausland
2295 erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen.
- 2296 • Förderung der Sprachkompetenz, d.h. muttersprachlicher Unterricht und die
2297 Vermittlung von Deutschkenntnissen.
- 2298 Gleiche Rechte und gleichberechtigte Teilhabe muss in allen Lebensbereichen
2299 gegeben sein. Um dies zu gewährleisten, werden wir für folgende Punkte
2300 streiten:

2301 • Stärkung der Integrationsbeauftragten durch den Ausbau ihrer Befugnisse
2302 und eine ihren Aufgaben entsprechende finanzielle Ausstattung,

2303 • vermehrte Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund in der
2304 Verwaltung, in Bildungseinrichtungen und bei der Polizei.

2305 Fluchtursachen bekämpfen, nicht Geflüchtete

2306 So lange es Kriege, Verfolgung, Umweltzerstörung und soziale Ungleichheit gibt,
2307 werden Menschen die Flucht ergreifen. Geflüchtete und Asylbewerber*innen kommen
2308 auch nach Rheinland-Pfalz. Die Politik in Rheinland-Pfalz ist aber auf
2309 Ausgrenzung und Repression ausgelegt. In Trier werden Flüchtlinge in einer
2310 lagerähnlichen Unterkunft untergebracht. Asylbegehrende und Geduldete
2311 unterliegen der Residenzpflicht, d. h. sie dürfen ihren Landkreis nur nach
2312 Genehmigung verlassen. Im Abschiebegefängnis in Ingelheim werden Geflüchtete
2313 wie Schwerverbrecher behandelt.

2314 Doch kein Mensch flieht freiwillig. Auch Geflüchtete haben eine Menschenwürde.
2315 Nicht die Geflüchteten müssen bekämpft werden, sondern die Fluchtursachen.
2316 DIE LINKE wird sich deshalb für folgende Punkte stark machen:

2317 • Aufhebung der Residenzpflicht,

2318 • Schließung des Abschiebegefängnisses in Ingelheim,

2319 • Verbot von Abschiebungen und ersatzlose Abschaffung der Abschiebehaft,

2320 • ersatzlose Schließung des Ausreisezentrums in Trier,

2321 • konkrete Maßnahmen gegen und Kontrolle von Frauenhandel,

2322 • Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und Finanzierung eines
2323 menschenwürdigen Lebens der Flüchtlinge,

2324 • Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention,

2325 • Abschaffung von Kettenduldungen und Ersatz durch dauerhafte
2326 Aufenthaltstitel

2327 Kein Mensch ist illegal!

2328 • Menschen ohne Papiere sind in keiner Weise gegen sexuelle und
2329 wirtschaftliche Ausbeutung geschützt. Auch für diese Menschen müssen
2330 die Grundrechte gelten. DIE LINKE fordert einen gesicherten
2331 Aufenthaltsstatus für „Illegalisierte“.

2332 • DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention
2333 in unserem Bundesland auch für Kinder von Migrant*innen umfassend gilt.
2334 Die besondere Schutzwürdigkeit von Kindern ist demnach auch durch die
2335 Härtefallkommission des Landes durchzusetzen. Ebenfalls ist das Handeln
2336 aller weiteren behördlichen Stellen mit Hinblick auf die Anwendung der
2337 Konvention in Rheinland-Pfalz sicherzustellen.

2338 Faschismus und Nationalismus bekämpfen!

2339 Rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Gruppen breiten sich auch in
2340 Rheinland-Pfalz immer stärker aus. Dies geschieht teils auf legalem Weg unter
2341 Ausnutzung demokratischer Rechte, aber auch in der Illegalität. Diese
2342 Entwicklung ist eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, der durch die
2343 Verschärfung der sozialen Widersprüche in den kapitalistischen Ländern
2344 gekennzeichnet ist, woraus – wie häufig in Zeiten ökonomischer und sozialer
2345 Krisen – Handlungsmuster erwachsen, die auf Ausgrenzung, Irrationalismen und
2346 autoritären Politikkonzepten basieren.

2347 Arbeitnehmer*innen und arbeitslose Menschen, die ausgespielt durch international
2348 agierende Konzerne, glauben, ihr in Auflösung begriffenes Recht auf
2349 wirtschaftliche und soziale Teilhabe durch Ausgrenzung gesellschaftlicher
2350 Minderheiten zurückzugewinnen zu können; ein verunsichertes Bürgertum, das sich
2351 rechtsextremen Weltanschauungen öffnet, sind Beispiele einer
2352 besorgniserregenden Akzeptanz rückwärtsgewandter oder rechtsextremer
2353 Denkmuster und Handlungsweisen in unserer Gesellschaft.

2354 So spezifisch der Faschismus in seinen historischen bzw. nationalen
2355 Ausprägungen auch ist – kennzeichnend für alle seinen Varianten ist der
2356 Klassenkampfcharakter – als „Klassenkampf von oben“ richtet sich seine
2357 auch auf physische Vernichtung angelegte Ideologie immer gegen emanzipative
2358 Bewegungen, die gleiche Rechte auf soziale und wirtschaftliche Teilhabe für
2359 alle Menschen einfordern.

2360 Antifaschismus stellt deshalb für DIE LINKE nicht nur ein ethisches Postulat
2361 dar – er ist existentiell für DIE LINKE, will sie sich politische Handlungs-
2362 und Gestaltungsspielräume offenhalten.

2363 Um den Angriffen auf die Demokratie wirksam begegnen zu können, bedarf es
2364 zuallererst eines gesellschaftlichen Klimas, welches vor allem von Mitbestimmung
2365 und Demokratie, Hinschauen sowie der Wahrung von Menschenrechten geprägt ist.
2366 Aus Sicht der LINKEN ist es demnach unabdingbar, Demokratie und
2367 Zivilgesellschaft zu stärken und demokratische Werte und Normen zu verteidigen.
2368 DIE LINKE in Rheinland-Pfalz appelliert an alle demokratischen Kräfte dieses
2369 Landes, die gemeinsame Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus auch
2370 künftig wahrzunehmen und breite zivilgesellschaftliche antifaschistische
2371 Bündnisse auf allen Ebenen gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit,
2372 Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bilden.

2373 Aktionstage und andere Events können Menschen sensibilisieren, informieren und
2374 Impulse geben. Die dauerhafte Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus,
2375 Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus ist allerdings konkret und
2376 geschieht vor Ort – im Sport, in der Schule, im Gemeinderat. Und sie ist eine
2377 Auseinandersetzung nicht nur mit organisierten Rechtsextremen, sondern auch mit
2378 Alltagsrassismus und Vorurteilen. In den letzten Jahren ist die Sensibilisierung
2379 für diese Probleme gestiegen und viele Menschen engagieren sich gegen rechte
2380 Umtriebe. Der Beratungsbedarf kommunaler Akteure durch Fachkräfte und
2381 Expert*innen ist hoch. Das bedeutet letztendlich für DIE LINKE in Rheinland-
2382 Pfalz, den Strukturen, Vereinen und Organisationen, die sich dieser Aufgabe
2383 stellen, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

2384 So müssen beispielsweise

- 2385 • lokale antifaschistische Initiativen / Netzwerke unterstützt bzw.
2386 Initiativen und Netzwerke auf- und ausgebaut werden,

- 2387 • soll mit landesweiten Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit,
2388 Islamophobie, Sexismus, Antisemitismus und antifaschistischen
2389 Vereinigungen zusammengearbeitet werden.

2390 Die Finanzierung von gewachsenen Strukturen und bewährten
2391 zivilgesellschaftlichen Modellen muss daher langfristig abgesichert werden und
2392 darüber hinaus bei der Bildung neuer Netze unterstützend wirken. Das Ziel
2393 antifaschistischer Politik in Rheinland-Pfalz sollte darin bestehen, durch
2394 vorausschauendes Handeln die Handlungsspielräume der rechtsextremen Szene
2395 einzuschränken bzw. aufzulösen, sowie bestehende antifaschistische Strukturen
2396 zu initiieren und zu stärken.

2397 Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist zugleich eine Herausforderung an alle
2398 Demokrat*innen, die der Antifaschismus als Lehre aus der deutschen Geschichte

2399 verbindet. DIE LINKE in Rheinland-Pfalz tritt für die Aufnahme einer
2400 antifaschistischen Klausel in die Verfassung des Landes von Rheinland-Pfalz ein,
2401 wonach die Wiederbelebung faschistischen Gedankenguts für verfassungswidrig
2402 erklärt werden soll. Eine solche Klausel wäre ein deutliches Zeichen gegen
2403 Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus.

2404 • DIE LINKE setzt sich für ein Verbot der NPD sowie aller anderen
2405 rechtsextremistischen und faschistischen Organisationen ein.

2406 • Verbrechen auf Grund faschistischer Ideologie müssen stärker geahndet
2407 werden. Besondere Trainings für Polizisten halten wir hier für
2408 erforderlich.

2409 • Bedrohte Minderheiten und Opfer müssen besser beraten und geschützt
2410 werden vor rechten Übergriffen.

2411 • Die Landespolizei muss personell und strukturell so ausgestattet werden,
2412 dass Hasskriminalität im Internet wirksam verfolgt werden kann

2413 • Die Landesregierung muss unabhängige Forschung zu rechtsextremistischen
2414 Aktivitäten in Polizei und öffentlicher Verwaltung fördern und aufbauen
2415 auf diesen Ergebnissen Handeln.

2416 • Das Landesamt für Verfassungsschutz hat im Kampf gegen Rechts versagt. Es
2417 muss aufgelöst und die Mitarbeiter*innen in andere Landesämter und -
2418 behörden versetzt werden

2419 Zugang zu Medien und Kultur für Alle ermöglichen

2420 Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz muss dafür Sorge tragen, dass die großen
2421 Kultureinrichtungen wie Staats- und Landesorchester, Schauspielhäuser, Theater
2422 und Museen erhalten bleiben. Kommunen neigen notgedrungen dazu, bei angesichts
2423 der strukturellen Unterfinanzierung durch das Land kulturelle Einrichtungen und
2424 Institutionen zu schließen. Der kulturelle Kahlschlag muss gestoppt werden. Die
2425 großen Einrichtungen müssen erhalten, aber auch ehrenamtliche Kulturvereine
2426 und -initiativen vernetzt und unterstützt werden. Sie alle tragen zum
2427 kulturellen Reichtum bei.

2428 Kulturpolitik ist für uns auch Gesellschaftspolitik. Sie umfasst alle Bereiche
2429 des gesellschaftlichen Lebens, die Freizeit ebenso wie die Arbeitswelt.
2430 Kulturpolitik ist auch Friedenspolitik, da durch interkulturelle Aktivitäten

2431 Vorurteile abgebaut und gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden kann.
2432 Kultur- und Sportvereine leisten wie viele andere Vereine und Vereinigungen
2433 einen unverzichtbaren Integrationsbeitrag und fördern das gesellschaftliche
2434 Miteinander.

2435 Das heißt für unsere praktische Arbeit im Landtag:

- 2436 • DIE LINKE wird sich dafür stark machen, dass auf Landesebene alle Mittel
2437 zur Förderung von gesellschaftlich integrativ arbeitenden
2438 Interessengemeinschaften, Organisationen und Vereinen ausgeschöpft
2439 werden.

2440 Die soziale Situation von Künstler*innen ist nicht erst seit der Corona-Krise
2441 oft dramatisch bis ausweglos. Wenn wir eine vielfältige Landschaft in Kunst und
2442 Kultur schaffen und erhalten wollen, muss die öffentliche Hand unterstützend
2443 eingreifen.

- 2444 • Die bestehende Künstlersozialkasse ist auszubauen. Kürzungen bei der
2445 landespolitischen Filmförderung lehnen wir ab. Insbesondere nicht
2446 kommerziell konzipierte Filme können in der Regel ohne öffentliche
2447 Gelder nicht realisiert werden.

- 2448 • Auch die traditionellen Kurzfilmfestivals in Rheinland – Pfalz müssen
2449 weiterhin mit öffentlichen Geldern gefördert werden. In den
2450 Volkshochschulen als auch in den öffentlichen Bibliotheken sollen
2451 verstärkt auch fremdländische Literatur, Filme und Hörspielbücher
2452 angeboten werden, ebenso kostenfreie Selbstlernzentren, insbesondere für
2453 das Selbstlernen anderer Sprachen.

2454 Neben der kulturellen Vielfalt liegt uns auch die Förderung des Breiten- und
2455 Freizeitsportes als Teil der Kultur vor Ort und des öffentlichen Lebens in
2456 Kommunen und Gemeinden am Herzen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der
2457 Breiten- und Freizeitsport in seiner Vielfalt erhalten und zusätzlich
2458 gefördert wird. Dazu gehören u.a. die Reaktivierung kommunaler Trimm-Dich-
2459 Pfade, der Erhalt der öffentlichen Schwimmbäder und Sportstätten und die
2460 Förderung gemeinnütziger Sportvereine. DIE LINKE wird sich für die Erhöhung
2461 der Übungsleiterpauschale einsetzen, um das sportliche Ehrenamt in den Vereinen
2462 attraktiver zu gestalten. Darüber hinaus setzen wir uns für verbesserte und
2463 nicht kommerzielle Sport- und Bewegungsmöglichkeiten für Menschen mit
2464 Behinderung, Senior*innen sowie Kindern und Jugendlichen ein. Die Kosten für
2465 die Verbesserung des öffentlichen Breiten- und Freizeitsportbereichs sollen
2466 teilweise bei der rheinland-pfälzischen, Hochleistungssportförderung zugunsten

2467 eines Sports für Alle eingespart werden.

2468 Internet und digitale Gesellschaft

2469 Zugang zur Wissensproduktion, der Einsatz und die Auswahl von Informationen
2470 entscheiden darüber, von wem und wie die Netzwerke digitaler Kommunikation
2471 künftig beherrscht werden. Der Zugang zu Information sowie deren
2472 Aneignungsformen berühren Grundfragen demokratischer Beteiligung. Transparenz,
2473 Partizipation und Chancengleichheit sind für uns unverzichtbare Grundsätze,
2474 die Förderung der Kultur als Ziel des Landes sollte deshalb in die
2475 Landesverfassung aufgenommen werden.

2476 DIE LINKE fordert einen freien und kostenlosen barrierefreien Internetzugang in
2477 Schulen, Universitäten, Rathäusern und Bibliotheken und allen öffentlich
2478 zugänglichen öffentlichen Gebäuden.

2479 Die Verfügbarkeit von digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien
2480 ist auch in Rheinland-Pfalz nach Region ungleich verteilt. Dies führt zu einer
2481 Spaltung der Gesellschaft, die es in einer Demokratie nicht geben darf. Sie wird
2482 auch zum Standortnachteil für Wirtschaftsunternehmen.

2483 DIE LINKE fordert daher,

- 2484 • die Infrastruktur für ein bezahlbares „Breitband-Internet für alle“
2485 in RLP so schnell wie möglich bereitzustellen,
- 2486 • die Unterstützung von Initiativen, die sozial- und generationengerechte
2487 Zugangsmöglichkeiten entwickeln.
- 2488 • Den Ausbau eines flächendeckenden, modernen Mobilfunks

2489 Die Bildung eines kritischen Verstandes und die Fähigkeit, Realität und
2490 Fiktion zu unterscheiden, ist Voraussetzung einer zeitgemäßen
2491 Mediensozialisation. Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern sind gefordert,
2492 sich in digitalen Medien selbstbestimmt zu orientieren und den Umgang mit
2493 Gefahren und schädlichen Inhalten zu erlernen. Die Vermittlung von
2494 Medienkompetenz gehört in die Ausbildungsinhalte von Erzieher*innen,
2495 Lehrer*innen und Sozialpädagog*innen.

2496 DIE LINKE fordert daher,

- 2497
- 2498
- die Förderung und Schulung von Medienkompetenz in Rheinland-Pfalz institutionell zu verankern,
- 2499
- 2500
- mehr öffentliche Gelder für die Vermittlung von Medienkompetenzen in Schulen, Universitäten und Ausbildungseinrichtungen und
- 2501
- barrierefreie Internetzugänge in allen öffentlichen Einrichtungen.